

## INHALT

### Alleinerziehende

Alleinerziehende brauchen mehr Unterstützung. S. 2/3

### Kitas und Schulen

Die Kann-Kinder-Regelung soll vereinfacht werden. S. 4

## 100% Bio für Kids

Bremen tischt in Kitas und Schulen ab 2022 nur noch Fleischwaren aus Öko-Erzeugung auf. Zudem wird der Fleischanteil in der Verpflegung reduziert. Das ist aus grüner Sicht eine gute Entscheidung, die allen Kindern unabhängig vom Elterneinkommen, der Umwelt und dem Tierchutz dient.

## Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: [fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen

# Kindern besser helfen



den Blick nehmen. Wir wollen ihnen schnell und unbürokratisch helfen. Familiäre Gewalterfahrungen erschüttern das kindliche Sicherheits- und Schutzbedürfnis grundlegend. Die Kinder und Jugendlichen brauchen auf sie persönlich zugeschnittene Hilfen, um die Gewalterfahrung, die komplexen emotionalen Bezüge zu den Eltern und Loyalitätskonflikte aufzuarbeiten und ihr Selbstvertrauen zu stärken. Außerdem benötigen sie pragmatische Unterstützung bei Sorgerechts- und Umgangskonflikten“, erläutert die sozialpolitische Sprecherin

Sahhanim Görgü-Philipp.

**G**ewalt zwischen Partnern betrifft auch die Kinder – sie erleben die häusliche Gewalt hautnah mit und tragen schwer daran. Damit sie diese extrem hohe Belastung bewältigen können, brauchen sie altersgerechte Hilfe. Die Grünen-Fraktion drängt deshalb auf eine zentrale Interventionsstelle für Kinder und Jugendliche, die selbst körperlich misshandelt wurden oder Zeugen häuslicher Gewalt wurden. „Dieses Angebot soll die betroffenen Kinder und Jugendlichen mehr in

Häusliche Gewalt ist in Bremen bitterer Alltag. Allein statistisch erfasst sind rund 1500 Fälle pro Jahr, hinzu kommt noch die Dunkelziffer. Häufig sind auch Kinder bzw. Jugendliche involviert, vor allem als Zeugen der häuslichen Gewalt. Eine Interventionsstelle, die automatisch von der Polizei bei einem Einsatz zu häuslicher Gewalt verständigt werden müsste, könnte sich schneller als bisher um die Kinder und Jugendlichen kümmern und sie weitervermitteln.



# Alleinerziehende aus Armutsfalle holen

Grünen-Fraktion fordert neben flexibler Kinderbetreuung in Randzeiten auch mehr Teilzeitausbildungen und dezentrale Servicestellen in den Quartieren.

**G**ut 18.000 Alleinerziehende leben im Land Bremen, mehr als die Hälfte sind zur Sicherung ihrer Existenz und der ihrer Kinder auf staatliche Unterstützung angewiesen. Dies gilt auch für jene erwerbstätigen Alleinerziehenden, die von ihrer Teilzeitarbeit nicht leben können. Besonders auffällig ist die hohe Quote von Alleinerziehenden ohne Schul- und Berufsabschluss. Vor diesem Hintergrund hat die Grünen-Fraktion ein

umfangreiches Maßnahmenbündel beschlossen, mit dem die Lage von Alleinerziehenden verbessert werden soll. Neben einer deutlich flexibleren Kinderbetreuung setzt sich die Fraktion u.a. für mehr Teilzeitqualifizierungen und -ausbildungen ein. Ein weiterer Kernpunkt sind dezentrale Anlaufstellen in den Quartieren, um Alleinerziehende bei der zeitraubenden Bürokratie zu unterstützen. „Alleinerziehende haben in Bremen das höchste Armutsrisiko.

Die Entscheidung für Kinder darf nicht dazu führen, dass Frauen zur Sicherung ihrer Existenz dauerhaft auf Hartz IV angewiesen sind oder ihnen wegen der hohen Teilzeitarbeitsquote auch Altersarmut droht. Alleinerziehende leisten enorm viel. Sie sind häufig allein verantwortlich fürs Geldverdienen, für die Kindererziehung und Pflege im Krankheitsfall, den Haushalt, die Begleitung zum Sportverein und vieles mehr. Alleinerziehende

sind sieben Tage die Woche im Dauereinsatz. Bremen macht zwar bereits einiges, um ihre Lage zu verbessern. Doch das reicht noch nicht aus. Wir müssen auf Landesebene alle Möglichkeiten konsequent nutzen, damit sich Alleinerziehende und ihre Kinder aus der Armutsfalle befreien können“, unterstreicht die stellv. Fraktionsvorsitzende und geschlechterpolitische Sprecherin Henrike Müller.

Gerade für Alleinerziehende ist eine verlässliche und flexible Kinderbetreuung eine Grundvoraussetzung, um eine auskömmliche Stelle zu finden und damit vor Altersarmut gewappnet zu sein. Von rund 11.000 erwerbstätigen Alleinerziehenden in Bremen haben derzeit nur 4100 eine Vollzeitstelle. 6900 hingegen arbeiten in Teilzeit, über 1300 davon sind auf Grundsicherung angewiesen. „Alleinerziehende Krankenschwestern, StraßenbahnfahrerInnen oder auch VerkäuferInnen benötigen aufgrund der Schichtdienste auch zu den Randzeiten des Tages und mitunter am Wochenende eine Kinderbetreuung, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Die Regelbetreuung von 8 bis 16 Uhr in öffentlichen Kitas hat mit ihren Arbeitszeiten wenig zu tun. Bremen muss beim weiteren Kita-Ausbau auch die bedarfsgerechte Betreuung zu Tagesrandzeiten berücksichtigen. Die flexiblere Kinderbetreuung ist ein zentraler Baustein zur Armutsbekämpfung“, betont Henrike Müller.

Ein weiterer Baustein ist der Ausbau von Teilzeit-Ausbildungen – sowohl in der schulischen als auch in der dualen Ausbildung. In Bremen haben über 17 Prozent der arbeitslos gemeldeten Alleinerziehenden keinen Schulabschluss, fast 70 Prozent verfügen über keine Berufsausbildung. „Nötig sind mehr Teilzeit-Ausbildungen, die auch mit kleinen Kindern zu stemmen sind. Eine Ausbildung in einem auskömmlichen Beruf senkt das Armutsrisiko der Kinder und beugt der Altersarmut von Alleinerziehenden frühzeitig vor. Wir müssen dafür sorgen, dass auch die Berufsschulen flexibler werden, damit mehr Teilzeit-Ausbildungen möglich sind“, erläutert Henrike Müller.

**„Eine Ausbildung senkt das Armutsrisiko.“**

Neben den Maßnahmen auf Landesebene ist auch der Bund in der Pflicht, die armutsgefährdende Teilzeitfalle zu bekämpfen. U.a. müssen Minijobs im Dienstleistungsbereich und der Niedriglohnsektor eingedämmt, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle gefördert, eine ‚kurze Vollzeit‘ von 32 bis 35 Wochenstunden mehr ermöglicht und das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ausgeweitet werden. Die Grünen-Fraktion fordert ferner eine Kindergrundsicherung sowie die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Neben den Maßnahmen für eine verlässliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie verbesserte Qualifizierungsmöglichkeiten setzt sich die Fraktion auch für die Unterstützung von Alleinerziehenden bei Behördengängen ein. Bisher müssen sich Alleinerziehende zeitraubend um viele Angelegenheiten bei verschiedenen Ämtern kümmern – vom Wohngeld über Unterhaltszuschuss bis zu Besuchsrechtsregelungen. „Wir wollen die Digitalisierung der Verwaltung zu Gunsten von Alleinerziehenden stärker nutzen und dezentrale Servicestellen in den Quartieren schaffen. So könnten die Quartiersbildungszentren zu Anlaufstellen für Alleinerziehende werden, in denen sie bei Informations-, Dienst- und Finanzleistungen unterstützt werden“, so Henrike Müller.

Nicht zuletzt müssen Alleinerziehende auch wirksam bei der Durchsetzung ihres Rechts auf Unterhalt unterstützt werden. Von den Bremer Alleinerziehenden erhalten rund 70 Prozent keinen Kindesunterhalt, zumeist kommen die Väter ihrer Unterhaltspflicht nicht nach. Auch das bedeutet Zeitaufwand und Stress für Alleinerziehende, die dann Anträge stellen und Gerichtsverfahren anstrengen müssen. Die Sanktionsmöglichkeiten sollen verschärft und die geschuldeten Zahlungen eingetrieben werden.

Das ganze Positionspapier gibt's hier: [www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)



# Grüne wollen Kitas und Grundschulen entlasten

**D**ie Grünen-Fraktion will die Übergänge für sogenannte Karenz-Kinder von der Krippe in die Kita und von der Kita in die Schule vereinfachen. Das Ziel: Die Kindergartengruppen sollen für mehr frühkindliche Bildung u.a. von Wickelkindern entlastet werden und die Einschulung soll sich stärker an der Schulreife des Kindes orientieren.

Bisher gehen Kinder, die erst im dritten oder vierten Quartal drei Jahre alt werden, in der Regel bereits ab Sommer in den Kindergarten. Die Folge: in manchen Kita-Gruppen tummeln sich viele Kinder, die noch gewickelt werden müssen und einen deutlichen Entwicklungsrückstand gegenüber den älteren Kindern aufweisen. „Für die ErzieherInnen stellt das eine zu hohe Belastung dar. Dadurch kommt die frühkindliche Bildung in manchen Gruppen zu kurz“, so der kinder- und bildungspolitische Sprecher Matthias Güldner. Die Grünen-Fraktion schlägt deshalb vor, den Stichtag für den Übergang von der Krippe in die Kita auf den 30. September vorzuziehen. Dadurch würden alle Kinder, die später geboren sind, noch ein weiteres Jahr in der Krippe verbleiben. Zugleich müsste das Krippenangebot entsprechend ausgeweitet werden. Außerdem sollen in den Krippen mehr Angebote geschaffen werden, bei dem sich Eltern einen



Platz für ihre Kinder auch teilen können.

Auch den Übergang von der Kita zur Grundschule will die Grünen-Fraktion im Sinne von Kindern und Eltern neu gestalten. Bislang können Kinder, die in der zweiten Jahreshälfte sechs Jahre alt werden, bereits im aktuellen statt nächsten Schuljahr eingeschult werden. Das Problem: Die Anmeldung erfolgt im Januar und damit Monate vor der schulärztlichen Untersuchung. Zudem ist die Entscheidung im Sinne der Schulpflicht verbindlich. Sollte dem Kind dann erst bei der Schuleingangsuntersuchung attestiert werden, noch nicht schulreif zu sein, stehen die Eltern vor der Wahl, ohne Betreuung dazustehen oder den Schulerfolg von Beginn an zu

gefährden. Um das zu vermeiden, will die Grünen-Fraktion die Anmeldezeiten für Kitas und Grundschulen entzerren. Die Anmeldefrist für Grundschulen soll auf den September des Vorjahres ebenso vorgezogen werden wie die schulärztliche Untersuchung. „Wir wollen die Karenzkinder-Regelung nicht über Bord werfen, sondern einen Rückzug ohne Verlust des Kindergartenplatzes ermöglichen. Mit der früheren schulärztlichen Untersuchung erhalten die Eltern für ihre Entscheidung, ob das Kind bereits eingeschult werden soll oder nicht, eine solide Basis. Außerdem wäre damit die Angst vor einer möglichen Betreuungslücke überwunden“, erläutert Matthias Güldner den Vorstoß.